

Rechnungshof regt Autobahn auf Fehmarn an

Kiel nennt Vorschlag nicht realisierbar. Standstreifen an neuer B 207 wird trotz Kritik gebaut.

Berlin/Fehmarn – Es ist nicht das erste Mal, dass der Bundesrechnungshof (BRH) an der Planung und Finanzierung der Hinterlandanbindung des Fehmarnbelttunnels herummäkelt. Als es gestern in Berlin um den angeblich überflüssigen Bau eines Standstreifens an der B 207 ging, gab es aber einen bemerkenswerten Zusatz: Den ausgebauten Teil der Bundesstraße könne man doch zur A 1 machen, regte BRH-Präsident Dieter Engels an. Zur Gegenfinanzierung könne man dann Lkw-Maut kassieren.

Vor Jahren hatte der Bundesrechnungshof nach Angaben von Tunnelgegnern moniert, dass die Hinterlandanbindung nicht für 850 Millionen Euro realisiert werden könne – wie veranschlagt –, sondern mindestens die doppelte Summe verschlinge.

Das Kieler Verkehrsministerium erteilte der Idee, die Bundesstraße auf Fehmarn zur Autobahn zu machen, umgehend eine Absage. Auf Fehmarn gebe es keine parallelen Ausweichstrecken, die den nicht autobahnartigen Verkehr aufnehmen könnten, sagte Ministeriumssprecher Harald Haase. Aus-



Die B 207 auf Fehmarn – ein Nadelöhr. Der Rechnungshof schlägt vor, die Straße zur Autobahn auszubauen. Foto: Schwensen

weichstrecken müssten teuer gebaut werden – „mit entsprechenden vermeidbaren Eingriffen in die Natur“. Gleichzeitig müsse nicht-autobahn-tauglicher Verkehr weiterhin über die Sundbrücke geführt werden. Auch sie könne nicht zur Autobahn umgewidmet werden.

Eine andere Kritik des Bundesrechnungshofs trifft beim Kieler Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) auf Ver-

ständnis. Von den veranschlagten 90 Millionen Euro für den Ausbau der B 207 sollen allein 22 Millionen für einen durchgängigen Standstreifen draufgehen. „Zu viel“, befindet der Rechnungshof. Üblich sei ein Standstreifen erst an Straßen mit einer Belastung von täglich mindestens 30 000 Fahrzeugen. Auf der Insel aber würden nur 11 000 bis 12 000 Fahrzeuge gezählt, auf dem

Festland 18 000 bis 19 000. Daher reichten Nothaltebuchten – die billiger kommen.

Meyer stehe der Kritik durchaus aufgeschlossen gegenüber, hieß es gestern aus dem Ministerium. Als Vorsitzender der Verkehrskonferenz hatte er mehrfach betont, dass angesichts der Unterfinanzierung von Straßeninfrastruktur über Standards nachgedacht werden müsse. Die Planung neu wieder aufrollen will Meyer aber nicht. Das Bundesverkehrsministerium habe den Entwurf für den Ausbau der B 207 samt Standstreifen bereits 2010 genehmigt. Das Land hatte seinerzeit argumentiert, es sei aus mehreren Gründen gerechtfertigt, einen Standstreifen einzurichten. Dazu zähle eine einheitliche Charakteristik der Strecke. Verwiesen wurde auch auf die Mehrbelastung durch Urlaubsverkehr im Sommer.

Moniert wird vom Bundesrechnungshof auch die Planung für eine Verkehrsleitanlage bei Lübeck. Auf 11,2 Kilometern sollten 13 Verkehrszeichen entstehen. „Ein sinnlose Investition.“ Kiel hat diesen Plan bereits begraben. *Curd Tönnemann*